

## PRESSEMITTEILUNG

### **Vorstand der LandesAStenKonferenz Rheinland-Pfalz kritisiert Aus der BAföG-Reform und fordert Einhaltung des Koalitionsvertrags**

#### **Studierendenvertretungen warnen vor weiteren Belastungen für Studierende und kritisieren gesellschaftliche Debatte über Studienfinanzierung**

Der Vorstand der LandesAStenKonferenz Rheinland-Pfalz zeigt sich tief enttäuscht über das drohende Aus der geplanten BAföG-Reform. Nach Ansicht der Vorstandsmitglieder stellt dies eine weitere Enttäuschung der Bundesregierung gegenüber den Studierenden in Deutschland und insbesondere in Rheinland-Pfalz dar.

Das BAföG ist für viele Studierende eine unverzichtbare Grundlage, um ihr Studium erfolgreich und innerhalb der Regelstudienzeit absolvieren zu können. Angesichts stark gestiegener Mieten, Energiepreise und Lebenshaltungskosten ist eine Anpassung der Fördersätze an die Inflation dringend erforderlich. Insbesondere die derzeitige Wohnkostenpauschale reicht vielerorts nicht einmal aus, um die Hälfte der tatsächlichen Mietkosten zu decken.

Auch wenn die geplante Reform die bestehenden Probleme nicht vollständig gelöst hätte, wäre sie ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gewesen. Die vorgesehene Erhöhung der Wohnkostenpauschale hätte die Realität vieler Studierender zumindest besser abgebildet. Dennoch wäre das BAföG auch nach der Reform weiterhin unterhalb des Grundsicherungsniveaus geblieben.

Der Vorstand der LandesAStenKonferenz fordert die Bundesregierung daher auf, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Reformen umzusetzen.

„Es kann nicht sein, dass für kurzfristige Entlastungsmaßnahmen wie den Tankrabatt Milliardenbeträge bereitgestellt werden, während vergleichsweise geringe Mittel für die Verbesserung der Studienfinanzierung als nicht finanzierbar dargestellt werden“, erklärt ein Vorstandsmitglied der LandesAStenKonferenz.

Aus Sicht der Studierendenvertretung spart die Bundesregierung an der falschen Stelle. Bildung und Wissenschaft seien zentrale Zukunftsinvestitionen und müssten entsprechend gefördert werden. Schlechte Studienbedingungen hätten langfristig auch negative Auswirkungen auf den Wissenschaftsstandort Deutschland. Hochschulen und Forschungseinrichtungen seien auf qualifizierte und motivierte Studierende angewiesen. Wenn hohe Lebenshaltungskosten Studieninteressierte dazu zwingen, ihren Studienort nach finanziellen Gesichtspunkten auszuwählen oder sogar ganz auf ein Studium zu verzichten, schadet dies langfristig auch Forschung und Innovation.

Neben der ausbleibenden Reform kritisiert der Vorstand der LandesAStenKonferenz die aktuelle öffentliche Debatte über die Studienfinanzierung. Aussagen wie „Es ist kein Drama, wenn Studierende arbeiten gehen.“ würden die Lebensrealität vieler Studierender verkennen.

Bereits heute sind zahlreiche Studierende gezwungen, neben ihrem Studium zu arbeiten, um ihren Lebensunterhalt finanzieren zu können. Wer BAföG bezieht und gleichzeitig arbeitet,

befindet sich häufig in einer schwierigen Situation: Höhere Erwerbseinkommen können zu Kürzungen der Förderung führen, wodurch zusätzliche Arbeitsstunden notwendig werden. Dies wiederum erschwert ein erfolgreiches Studium innerhalb der Regelstudienzeit. Wer hingegen versucht, ausschließlich vom BAföG zu leben, sieht sich oft erheblichem finanziellem Druck ausgesetzt.

„Studierende werden in der aktuellen Debatte häufig in ein falsches Licht gerückt. Wer BAföG erhält, wird mit Vorurteilen konfrontiert. Wer arbeitet, um sein Studium zu finanzieren, riskiert Verzögerungen im Studienverlauf und wird anschließend als sogenannter Dauerstudent abgestempelt. Diese Sichtweise wird der Realität der Studierenden nicht gerecht“, betont der Vorstand der LandesASTenKonferenz.

Die finanzielle Belastung der Studierenden steigt seit Jahren kontinuierlich an. Zwar werden in Deutschland keine allgemeinen Studiengebühren erhoben, jedoch erhöhen sich die Sozialbeiträge der Studierendenwerke ebenso wie die Preise in den Mensen. Gleichzeitig bleiben die staatlichen Zuschüsse häufig unverändert. Hinzu kommen steigende Kosten für Mobilität, etwa durch regelmäßige Preissteigerungen beim Deutschlandticket, die sich mittelbar auch auf Semesterbeiträge auswirken.

Vor diesem Hintergrund hält der Vorstand der LandesASTenKonferenz das Argument mangelnder Finanzierbarkeit für nicht überzeugend. Die derzeitigen politischen Prioritäten müssten neu bewertet werden. Statt zukünftige Generationen immer stärker zu belasten, müsse die Politik die Voraussetzungen für eine erfolgreiche und nachhaltige Zukunft schaffen.

„Die Studierenden von heute werden die Verantwortung für unser Land in den kommenden Jahrzehnten übernehmen. Deshalb braucht es politische Entscheidungen, die nicht nur auf die nächste Wahlperiode ausgerichtet sind, sondern die Zukunft unseres Landes langfristig sichern“, so der Vorstand abschließend.

### **Über die LandesASTenKonferenz Rheinland-Pfalz**

Die LandesASTenKonferenz Rheinland-Pfalz vertritt die Interessen der ca. 120.000 Studierenden an den Hochschulen und Universitäten des Landes und setzt sich für gute Studienbedingungen, soziale Teilhabe und eine zukunftsfähige Hochschulpolitik ein.

